

## **Statement beim Kongress „Soziale Demokratie: Deutschland 2020“ des „Netzwerk Berlin“ mit der Hans Böckler Stiftung am 26.2.2005 in Düsseldorf**

Dr. Friedrich Weber

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlich danke ich Ihnen, bei Ihrem Kongress einige Gedanken zum Thema „Zukunft der sozialen Demokratie“ in Deutschland vortragen zu dürfen. Ich tue dies als Landesbischof einer mittelgroßen evangelischen Kirche, deren Gebiet in Südostniedersachsen liegt und die nach wie vor von den Problemen als ehemaliges Zonenrandgebiet betroffen ist. D.h. konkret: abgesehen von einer langsam sich verbessernden wirtschaftlichen Situation im Raum Braunschweig, die allerdings sehr spezifisch ausgerichtet ist und in einem gewissen Zusammenhang mit der Technischen Universität und den in Braunschweig angesiedelten wissenschaftlich arbeitenden Bundesanstalten steht, ist die Region eher von Stagnation und Rückgang, auch demographischen Wanderungsverlusten bestimmt. Hinzu kommen die Probleme, die durch die Nähe zu den Bundesländern entstehen, deren Wirtschaft durch besondere Förderprogramme unterstützt wird.

Auch meine Kirche hat mit diesen Prozessen massiv zu tun. Sie bietet aber auch den Raum, in dem sich Menschen mit den sie jetzt noch mehr bewegenden Fragen austauschen können. So habe ich erst vor wenigen Tagen in Braunschweig mit nahezu 100 Menschen die Veränderungen des sozialen durch die unter dem Kürzel Hartz IV laufenden Reformprojekte diskutiert.

Meine Haltung zur gegenwärtigen politischen und sozialen Lage ist von dem noch immer bedenkenswerten Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz aus dem Jahre 1997 bestimmt. Es ist nicht überholt.<sup>1</sup>

Meine Teilnahme am Diskurs dieses Kongresses ist allerdings nicht die eines Sachverständigen, auch nicht die eines einer bestimmten politischen Partei zugehörenden Kirchenmannes, ich werde auch keine ausgeführten Vorschläge machen können, wie es denn besser gehen könnte. Mein Anteil beruht eher darauf, Basisbeobachtungen in den Diskurs einzuspeisen und Fragen zu formulieren. Des weiteren sehe ich meine Aufgabe darin, der verbreiteten Angst und Panikmache zu wehren.

Bereits 1970 wurde diese Aufgabe in einer EKD-Denkschrift zutreffend beschrieben:

---

<sup>1</sup> Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover/Bonn 1997

„Sie (die Kirche) kann und muss daher der Stumpfheit wehren, der Lethargie, der Hoffnungslosigkeit, sie kann und muss Hoffnung, Bereitschaft zum Helfen und Tapferkeit wecken.“<sup>2</sup>

Die Kirchen treten ein für eine Orientierung an Gerechtigkeit und Solidarität. Sie wissen aber auch, dass der Gedanke gerade der Solidarität nicht selten denunziert wird. In einer Artikelserie „Verblasste Mythen“ war zu lesen: „Solidarität steckt in der Krise, weil sie nicht in das aktuell angesagte Lebensgefühl zu integrieren ist: Solidarität macht heutzutage keinen Spaß. Sie bietet kein packendes Erlebnis. Dass sie Lust wecken könnte, weil viele Effekte, die für alle angenehm sind, durch Solidarität erreicht werden können, hat das gesellschaftliche Gedächtnis vergessen. Das erlebnisreiche Individuum erklärt sich nur noch selektiv solidarisch mit den Vehikeln seines Vergnügens.“ Es scheint so zu sein, dass dem wachsenden Egoismus auf der individuellen Seite die verstärkte Neigung der gesellschaftlichen Gruppen entspricht, ihr partikulares Interesse dem Gemeinwohl rigoros vorzuordnen. Deswegen ist nicht nur das Thema Armut in diesen Tagen zu bearbeiten, sondern auch das des Reichtums.

So gilt es festzuhalten: Unsere Wirtschaft ist leistungsstark, Exportüberschüsse zeigen das. Und ein großes Gut - gerade auch für Investitionssicherheit - ist der in unserem Land herrschende soziale Friede.

Für mich ist die soziale Marktwirtschaft kein Auslaufmodell. Sie wird bestimmt durch: die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, das Betriebsverfassungsgesetz, das Tarifvertragsgefüge, der Kündigungsschutz, die Humanisierung der Arbeit, das Sozialversicherungssystem und natürlich auch die Absicherung von Arbeitslosen.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft setzt durchaus unterschiedliche Interessen voraus, möchte diese aber versöhnen. Die Vertreter/-innen von Arbeit und Kapital werden als aufeinander angewiesen verstanden, man könnte sogar von Gleichberechtigung reden. Soziale Marktwirtschaft möchte so zum Entstehen einer Gesellschaft beitragen, die sowohl dynamisch reagierend aber dennoch auf Ausgleich setzend, offen für möglichst viele sein kann.

Im Blick auf die gegenwärtige Situation gewichte ich folgende Problembereiche:

### **Die Frage nach der Entwicklungsrichtung der Wirtschaft**

Hat die Idee der sozialen Marktwirtschaft noch eine Zukunft?

---

<sup>2</sup> Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen. Denkschrift der EKD 1970, Ziff 58

Das Sozialwort der Kirchen 1997 hatte eine Erneuerung gefordert. „Das Denken in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft setzt aber ein bestimmtes Wirtschaftsmodell voraus, das auf die Zurechnung von personaler Verantwortung für wirtschaftliche Entscheidungen und auf einer sich sozusagen „im Realen“ abspielenden Wirtschaft basiert, die ihrerseits gesellschaftliche Zwecke erfüllt.“<sup>3</sup>

Mittlerweile herrschen andere Tendenzen, die Wirtschaft wird von abstrakten Investitionsgeschehen her angetrieben, in dem alles, was es gibt, vom wirtschaftlichen Nutzen her bewertet und Renditeerwartungen unterworfen ist.

Paul Kirchhoff schreibt dazu in der FAZ: „Es geht darum, ob die Kirchen eine Wirtschaftsordnung befürworten, in der das anonyme Fondseigentum regiert, das sich in Sekundenschnelle um den Erdball bewegt und allein nach Renditeerwartungen platziert, oder aber das Verantwortungsbewusstsein fördern, in dem der Unternehmer mit seinem Namen und seinem Vermögen die Qualität seiner Leistung verantwortet.“ (FAZ vom 3.6.2004)

Lässt sich im Blick auf die Wirtschaft noch von einer Gemeinschaft geteilter Ziele reden, denen auch sie verpflichtet ist? Gibt es noch eine Kultur, die dem gesellschaftlichen Leben Grund verleiht?

### **Paradigmenwechsel in den Leitbildern der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik**

Die Agenda 2010 ist ein soziales Experiment, das unser Land verändern soll. Der Kern liegt darin, dass die sozialen Sicherungsleistungen in Zukunft schneller als bisher auf Bedürftigkeit abgesenkt werden können. Das soziale Sicherungssystem garantiert in Zukunft für viele Menschen nur noch eine Grundsicherung in Höhe der Sozialhilfe. Im Gesetz werden dazu Unterstützungs- und Disziplinierungsmaßnahmen geboten – unter den Prinzipien: Fördern und Fordern ! Eine reale Möglichkeit ist, dass neue Arbeitsplätze entstehen können – vor allem im Niedriglohnbereich – parallel dazu sich mehr Armut ausweitet.

---

<sup>3</sup> Wegner, Gerhard, Die evangelische Kirche als gesellschaftlicher Akteur, Vortrag in Hannover am 12.1.2005 o.S.

## Konkrete Anmerkungen

1. Wirtschaftliches Wachstum schafft wohl nicht automatisch mehr Arbeitsplätze. Wie können wir uns also vor einer weiter wachsenden sozialen Kluft schützen? Wie können Menschen vor dem Abrutschen in die Armut bewahrt werden?

Das Diakonische Werk unserer Landeskirche hat auf die Problematik der individuellen und öffentlichen Armut verwiesen und die Zusammenhänge angedeutet. So leben heute bereits 7,6 Millionen Menschen in der BRD mit einem Einkommen unterhalb der Grenze zur relativen Armut, davon über 1.1 Millionen Kinder unter 18 Jahren. Als relative Armut wird dabei ein Einkommen angesehen, das 50 % und weniger des durchschnittlichen Einkommens umfasst. Im Jahr 2001 waren das in Niedersachsen fast 965.000 Personen, weil sie ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 545 € im Monaten hatten, das waren 12,4 % der Bevölkerung. Fast ein Drittel lebt in den großen Haushalten mit 5 und mehr als 5 Personen. Probleme der armen Menschen liegen aber nicht nur im monetären Bereich. Es herrscht auch ein Mangel an nicht monetären Ressourcen (soziale Beziehungen, Bildung, Kultur). Viele neue Arme haben keine Erfahrung mit Armut!

Zur öffentlichen Armut sei kurz angemerkt: sie ist vor allem im sozialen Sektor und im Bildungsbereich zu entdecken. Als ihre Folge werden wohl vor allem die Schuldnerberatung, Tagesaufenthalte für Nichtsesshafte, Suchtberatung, Migrationsberatung und Programme zum Schutz vor Gewalt in Familien wegfallen. Die Hochschulen sind bereits jetzt unterfinanziert! Auch öffentliche Armut ist ein Fiasko!

2. Nötig ist eine stärkere **Zuwendung zu Familien**. Die demografische Entwicklung ist kein Naturgesetz. Sie hat damit zu tun, dass das Leben mit Kindern für viele kein attraktives Leitbild mehr ist und Kinder nur noch als Kostenfaktor begriffen werden. Und Kosten minimiert man in unserer Gesellschaft. Natürlich sind mir die Probleme bewusst, die unter den Oberbegriffen: Berufstätigkeit der Frau, Kinderbetreuung, Teilzeitarbeit, Karriereknick durch Beurlaubung etc. zusammengefasst werden.<sup>4</sup>
3. Das viel beschworene sinnvolle Subsidiaritätsprinzip wird von den Kirchen in den richtigen Kontext zur solidarischen Gesellschaftsverfassung gestellt. Für sie geht es bei der Subsidiarität darum, Einzelpersonen und untergeordnete Ebenen „zu schützen“, „zu stärken“ und „zu unterstützen“, nicht jedoch darum, ihnen

---

<sup>4</sup> Wegner, a.a.O.

wachsende Risiken zuzuschieben.“ (Sozialwort 27). Insofern gehören Subsidiarität und Solidarität zusammen. Demnach heißt Subsidiarität: „Zur Eigenverantwortung befähigen“. Subsidiarität kann nicht heißen: „Den einzelnen mit seiner sozialen Sicherung allein lassen.“ (27)<sup>5</sup>

Zum Schluss:

Von den Finnen wird erzählt, dass sie zur Begründung ihres Pisa-Erfolges sagen „Von uns gibt es nur fünf Millionen. Wir können es uns nicht leisten, auch nur einen davon zu verlieren. Deswegen zählt jedes Kind. Und dementsprechend geht es im Bildungssystem zu: Sollte ein Kind von den Leistungen her nicht mitkommen, muss die Schule Maßnahmen anbieten. Schafft es ein Schüler dennoch nicht, muss die Schule nachweisen, dass sie alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft hat.“

Hier wird unbewusst ein Leitsatz christlicher Diakonie formuliert: „Keiner darf verloren gehen.“

Paulus beschreibt diesen Zusammenhang im 1. Brief an die Korinther 12 im Bild des menschlichen Leibes, dessen Haupt Christus und dessen Glieder die einzelnen Christen sind. Und er erklärt dann: so verschieden wie die Glieder auch sind, sie sind alle aufeinander angewiesen. Das Auge kann nicht zum Fuß sagen: Ich brauche dich nicht oder umgekehrt.<sup>6</sup>

Gerade die Teile, die schwächer sind, sind besonders wichtig, sagt Paulus. Und dann schließt er mit dem großartigen Satz:

„Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit, und wenn ein Glied geehrt wird, so freuen sich alle Glieder.“ Mich beeindruckt dieses Bild immer wieder, weil es die gegenseitige Angewiesenheit der Menschen beschreibt.

---

<sup>5</sup> Sozialwort These 27, S. 14

<sup>6</sup> Wegner, a.a.O.